



Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 29. November 2011

Vorlagen-Nr. 11-F-03-0108

**Errichtung einer Fotovoltaikanlage auf dem Lärmschutzwall der Siedlungserweiterungsfläche
„Hainweg“ in Wiesbaden-Nordenstadt
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2011**

Auf der geplanten Siedlungserweiterungsfläche Hainweg ist die Errichtung von 650 Wohneinheiten in Form von Reihenhäusern, Doppelhäusern und freistehenden Einfamilienhäusern vorgesehen. Zur Begrenzung der von der BAB A66 ausgehenden Lärmemissionen ist unter Verwendung der anfallenden Erdaushubmassen die Verlängerung des bestehenden Lärmschutzwalles in Richtung Erbenheim geplant. Damit soll die Lücke zwischen dem vorhandenen Lärmschutzwall und der bestehenden Lärmschutzwand im Westen geschlossen werden.

Mit dem Bau einer Fotovoltaikanlage an dieser Stelle würde ein weiterer Beitrag zur lokalen regenerativen Energieerzeugung geleistet. Die Kosten für die gesamte Maßnahme (Lärmschutzwall inkl. Fotovoltaikanlage) könnten durch den finanziellen Ertrag aus dem Stromverkauf minimiert werden.

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, im Rahmen eines öffentlichen Interessenbekundungs-verfahrens privaten Anbietern die Möglichkeit zu geben, darzulegen, ob und inwieweit sie in der Lage sind, den gesamten Lärmschutzwall von der Anschlussstelle WI-Nordenstadt bis zum Beginn der Lärmschutzwand in WI-Erbenheim mit einer Fotovoltaikanlage auszustatten.

Beschluss Nr. 0127

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, darzulegen, ob und inwieweit er in der Lage ist, in die Untersuchung in die Richtung eines Lärmschutzwalles eine Photovoltaikanlage zu berücksichtigen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2011

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2011

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2011

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister